

Bezugspreis: Monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M. ...  
Frei-Beilagen: Commer- und Winterplan, Kaufmännischer Landwirt, ...  
Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen.

# Wassauer Bote

Anzeigenpreise: Die zeichnerische Seite oder deren Raum ...  
Anzeigenannahme: Für die Anzeigenannahme bis 5 Uhr am Vortag ...  
Geschäftsstelle: Dreyerstraße 17, Postfach 12262 Frankfurt.

Nr. 283.

Limburg a. d. Lahn, Freitag den 6. Dezember 1918.

49. Jahrgang.

### Achtung! Unsere Parteifreunde

in der Provinz Hessen-Rhassau werden gebeten, keinerlei Wahlabschwägungen mit anderen Parteien zu treffen oder Zusagen auf Wahlhilfe zu geben.

Da die Provinz Hessen-Rhassau einen einzigen Wahlkreis bildet, brauchen wir alle unsere Stimmen selbst, um die beiden Mandate, die wir jetzt besitzen, zu erhalten; jede Wahlhilfe an andere Parteien würde uns ein unser Mandate kosten.

Unsere Parteifreunde werden deshalb gebeten, die Beschlüsse des demnächst zusammenzutretenden Wahlausschusses für die Provinz Hessen-Rhassau abzuwarten und sich bis dahin in keiner Weise festzulegen.

Der Wahlausschuss der Zentrumspartei.

### § Vor einem Ultimatum der Entente-Mächte!

Die Verschleppungskatze der unabhängigen Sozialdemokraten hat gefressen. Die Wahlen zur Nationalversammlung sollen erst am 16. Februar 1919 stattfinden. Außerdem haben die Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember noch einmal darüber zu entscheiden, ob die Nationalversammlung überhaupt einberufen werden soll. Die Wahl des 16. Dezember ist bezeichnend, am 17. läuft der Waffenstillstand ab; augenblicklich hofft die Regierung über die Handlung durch die drohende Wiederholung der Feindseligkeiten einer Einlösung auf die Arbeiter- und Soldatenräte ausüben zu können. Doch für aber dazu die Zeit fliehet wie im Hochsommer. Präsident Wilson hat ausdrücklich als die Voraussetzung jeder Friedensverhandlung die Beseitigung jeder diskretionären Gewalt, wo sie sich auf befindet, gefordert. Der englische Admiral Beatty hat sich geweigert, Delegierte der Matrosenräte zu empfangen. Die französischen Oberführer lassen alle roten Abzeichen entfernen, unterbinden alle Räder und wenden dabei selbst Waffengewalt an. Auf ein Entgegenkommen von Seiten der Alliierten hat die deutsche Regierung nicht zu rechnen. Sie muß als eine Diktatur angesehen werden. Sie ist auch trotz des guten Willens einzelner Mitglieder der Regierung nichts anderes. Sie besteht aus einer Anzahl von Personen, die auf bewährte Kräfte gelehrt, die Gewalt an sich gerissen haben und diese in ihrem u. im Interesse ihrer Partei gebrauchend, zum Teil mißbrauchen. Mit den öffentlichen Belohnungen wird Raubbau getrieben. Innerhalb dreier Wochen ist der Mehrverbrauch auf 600 Millionen gestiegen. Die Mitglieder des Vollzugsrats besitzen 50 A. Lüge, Gelder und außerdem für „Auslagen“ bis zu 183 Mark täglich. Ihr Einkommen ist also höher, als früher das der höchsten Beamten der Staatsbeamten. Natürlich müssen bei dieser tollen Wirtschaft die Mittel sich bald erschöpfen.

Ebenso natürlich ist, daß die radikalen Elemente, denen die gemäßigten nicht energisch entgegenzutreten wagen, auf neue Gewaltmaßnahmen bedacht sein müssen, um ihre Anhänger bei guter Laune zu erhalten. Die „Freiheit“ verhandelt bereits offen, daß noch vor der Nationalversammlung also ohne jede gesetzliche Grundlage, die Vermögenskonfiskation durchgeführt werden soll. Sie wollen die Zeit ihrer Herrschaft ausnützen. Es besteht also eine Diktatur, die sich um Gerechtigkeit und den Zustand der Nation wenig kümmert, wie um den Volkswillen. Nicht allein die deutsche Volkswirtschaft wird vernichtet, sondern auch die Möglichkeit der als Vorbedingung des Waffenstillstandes festgesetzten Schadensersatzforderungen in Frage gestellt.

Die gegen uns verbündeten Mächte werden eine Vergütung des Schadens bei längerem Zusammenhalten so wenig erhalten können, wie dies im Ausland möglich war; schon deshalb nicht, weil unsere Volkswirtschaft dem russischen Beispiel folgen und alles zu vernichten beabsichtigt sind. Das werden sich weder England noch Frankreich noch Amerika gefallen lassen. Bei Amerika steht nicht allein das finanzielle Interesse, sondern auch das Rote, mit welchem es nach dem Ausbruch seines Präsidenten in den Krieg auf dem Weltmarkt in Europa Ordnung und Frieden herbeiführen und damit die ganze Welt zu beruhigen. Würden sie die unzulässigen Elemente in Deutschland weiter gebären lassen, so gäbe sie damit einen für ihre eigenen Länder verwerflichen Präzedenzfall. Wieder das deutsche Volk noch das deutsche Volk sind wie unter früherem Segen genau wissen, mit dem Vorhaben einverstanden, welches eine kleine Gruppe, auf eine Zahl Anhänger in der Reichshandlung gestützt, der Reichsregierung aufzuzwingen sich anmaßt.

Dabei wissen unsere Gegner, daß die Lebensmittelmangel hängt; vielleicht sind sie geneigt ihr abzuhelfen, aber sie wissen ebenso gut wie wir, daß eine geordnete u. gerechte Verteilung der Lebensmittel unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich ist, ja, daß die Not nicht allein durch die Waffenstillstandsbedingungen, sondern auch durch das unermessliche Treiben radikaler Elemente herbeigeführt worden ist. So sind in Braunschweig und Magdeburg die gesamten Konzentrationen, die für die Frontarmee bestimmt waren, verstreut worden. In Hamburg geschah das gleiche mit den Tran- und Fettvorräten, die zur Munitionsfabrikation dienen sollten. Rottenburger Lebensmittelkontrolle wurde ebenfalls einfach angehalten, beraubt, und man hört eben so wenig, daß die Bevölkerung bestraft werden würde, noch in welche Läden der dabei erzielte Erlös geflossen ist.

Man hat also, was zu erwarten, ein Ultimatum

von Seiten der Entente, so wird die Berliner Vudiker-Regierung bei ihrer Schwäche und Unentschlossenheit garricht in der Lage sein, die geforderte Ordnung herbeizuführen. Die Alliierten werden bei uns einmarschieren und stellen die Ordnung schaffen, die ihnen paßt. Die Kosten aber wird das deutsche Volk bezahlen müssen. Der Arbeiter wie der Kapitalist, der letztere mit keinem Gelde, der Arbeiter mit seiner Arbeit; dann wird von einem Mühsalbetrag oder von einem auskömmlichen Lohn keine Rede mehr sein. Wir werden alle fronden müssen unter einer fremden Besatzung, die nicht früher das Land verläßt, bevor nicht der letzte Heller bezahlt ist. Das ist die trostlose Zukunft, der wir lebenden Augen entgegen treten. So leben die Licht betrachtet die sogenannten Segnungen der Revolution vom 9. November aus!

### Das Stimmenverhältnis bei der letzten Reichstagswahl

(Januar 1912) dürfte bei der bevorstehenden politischen Neuausrichtung öfters zur Sprache kommen. Wie geben daher die statistischen Ziffern hier wieder: Bei der Hauptwahl 1912 erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 4 238 919, Zentrum 2 012 990, Nationalliberale 1 671 297, Fortschrittliche Volkspartei 1 556 549, Konservativ 1 149 916, Polen 438 807, Reichspartei 365 087, Christlich Soziale 85 371, Bund der Landwirte 61 412, Bayerischer Bauernbund 48 775, Deutscher Bauernbund 28 535, Deutsch-Soziale 47 287, Deutsche Reformpartei 42 882, Demokraten 28 225, Gläubiger 84 113, Lotharinger 17 295, Wibe 12 376, Unbestimmt 38 252, Zerplitterte 13 206.

### Die Antwort des Reichstagspräsidenten.

Freiburg, 4. Dez. Der Reichstagspräsident Freytag hat auf das Telegramm der Reichsleitung folgenden Antwortwort:

Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. So lange Sie ihn aber nicht auflösen, sind Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihres Rechtsauffassung können Sie sich ebensogut über beidseitige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder des Strafrechts hinwegsetzen. Ihr Vorhaben bedeutet gefahrlose Willkürherrschaft; dagegen protestiere ich. Freytag, Reichstagspräsident.

### Ein englisches Urteil über Hindenburg.

Paris, 4. Dez. Die Haltung, die Hindenburg einnimmt, schreibt die „Weltminister Gazette“, „erhöht zu unbedingtem in untrügender Verachtung. Er erscheint im Unglück größer als die der Könige Deutschlands war. Er wenigstens hat das furchtbare Schicksal verstanden und eine unermessliche Zustände im Ausland gesucht. Er sucht im Gegenteil noch zu retten, was zu retten ist. Er steht auf seinem Posten und bemüht sich die Bedingungen des Waffenstillstandes auszuführen und sein Vaterland vor Schlimmerem zu bewahren. Für einen Soldaten ist seine Lage demütigend genug, aber er hat den Mut, anzuerkennen, daß Deutschland den Krieg verloren hat, und er ist zu groß, um nicht seinen Teil an der Last auf sich zu nehmen.“

### Küstermarisch und Demobilisierung.

Bonn, 4. Dez. Die letzten Truppenteile der 18. Armee haben in der vorigen Nacht rechtzeitig den Rhein überschritten. Gegen 3 Uhr war der Übergang im großen und ganzen beendet. Die Zugänge zur Brücke waren dicht mit Menschen besetzt, die die Truppen mit herzlichen Kundgebungen begrüßten. — Der Arbeiter- und Bürgerpartei beschloß in seiner heutigen Sitzung, die Bürgerwehr in den nächsten Tagen aufzulösen, da die Polizei wieder in der Lage ist, den Sicherheitsdienst allein zu übernehmen.

Koblenz, 4. Dez. Unter Führung des Generalmajors von Wöhrer zog gestern mittig die 3. Gardebataillon durch die Stadt über den Kaiser-Wilhelm-Ring, wo ein Vorbeimarsch stattfand. Die Truppen machten in ihrer ganzen Haltung einen prächtigen Eindruck. Sie wurden von der Bevölkerung jubelnd begrüßt und mit Liebesgaben bedient.

Koblenz, 4. Dez. Als letzte Truppe der 3. Armee zog die zum 7. Armeekorps gehörige 14. Division unter der Führung des Generalleutnants v. Ganssin durch Koblenz über den Rhein. Ebenso wie alle Truppen bisher, in musterhafter Ordnung und wohlgeordnet. Die Begrüßung durch die Bevölkerung war wiederum sehr herzlich. Es wird angenommen, daß die zur Verfügung für Koblenz bestimmten amerikanischen Truppen am 8. Dezember eintreffen.

Mainz, 4. Dez. Die Vortruppsabteilung Gallwitz der Waffenstillstands-Kommission als Ubergabeteil für Mainz den 3. Dezember vor. Die feindlichen Vortruppsabteilungen treffen wahrscheinlich am Samstag hier ein.

Hann, (Westfalen), 4. Dez. In dem diesigen Kreise wurde in der letzten Nacht ein Marinekorps in Stärke von 80 000 Mann einquartiert und wird von hier aus demobilisiert.

### In der neutralen Zone.

Berlin, 4. Dez. Die endgültige Regelung der für die neutrale Zone dargelegenen Kollektivpflicht. Die nach den Waffenstillstandsbedingungen den Alliierten vorbehalten war, erfolgt unter Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse in den nächsten Tagen.



Der Brückenkopf von Mainz und die neutrale Zone

Koblenz, 4. Dez. In der neutralen Zone, in der Boden auf 10 Kilometer Entfernung vom Rhein gebildet und in der vom 12. Dezember an weder deutsche noch fremde Truppen sich aufhalten dürfen, können auch die Soldaten nicht fortbeweisen. Es haben sich darum dort Arbeiter, Bauern- und Kolonisten gebildet. In Weidenberg, das nicht in die neutrale Zone fällt, hat sich der Soldatenrat aufgelöst.

### Abschied von Köln.

Wien, 3. Dez. Ueber eine Woche sind die Österreichischen von der Westfront über Köln und Limburg nach Osten zu marschieren. Als letzte geschlossene Formation verließen heute mittig kurz nach 4 Uhr das Infanterie-Regiment 371 die Stadt und zog über die Domburde ins Bergische Land. Aus diesem Anlaß wurde eine Abschiedsfeier vor dem Südportal des Domes veranstaltet. Hier hatten die Soldaten Aufstellung genommen und eine ungemein große Menschenmenge umsäumte den Platz, um den letzten Abschiedstruppen ein Abschied zu sagen. Die Militärkapelle spielte und Soldaten sangen Chöre. Der Beigeordnete Albersmann als Vertreter des Oberbürgermeisters, gab namens der Stadt dem Regiment den letzten Abschiedswort mit auf den Weg. Er sprach die Hoffnung auf nicht zu fernem Wiedersehen aus und gab den Abschiedstruppen die Versicherung, daß wie auch die Verhältnisse sich verhalten mögen, das linke Rheinufer deutsch bleiben, deutsch bleiben und ein unermessbarer Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben werde. Der Regimentskommandeur erwiderte mit einer kurzen Dankrede und mit einem Hoch auf die Stadt Köln.

### Ausweisungen aus Straßburg.

Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Köln über die deutschen Linien geschoben. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl von angesehenen Persönlichkeiten, Kaufleuten, Anwälten, ein Oberkassier und neun Adjunkten der Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Vermögen in badischem Gebiet an. Die Reichsleitung hat durch die Waffenstillstands-Kommission telegraphisch zunächst 10 000 Mark für eine Diktation der badischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird weitere Mittel bereit halten.

### Die Verpflegungsgelder für die Besatzung.

Berlin, 4. Dez. Es ist wiederholt die Frage aufgeworfen worden, wer für die Verpflegungsgelder für die feindlichen Truppen in belebten Gebieten aufzukommen hat. Nach dem letzten Bericht der Waffenstillstandsbedingungen sind diese Verpflegungsgelder vom Deutschen Reich in voller Gesamtheit zu zahlen. Die Reichsleitung hat bereits angeordnet, daß den für die Aufstellung bestimmten Orten — es handelt sich zunächst um eine erste Rate für die Verpflegung der Engländer und um die Städte Köln und Düren — rechtzeitig die erforderlichen Mittel in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden.

### Wilson's Ankunft.

Wien, 4. Dez. Der „Kronen Zeitung“ meldet aus Paris: Die Ankunft des Präsidenten Wilson in Paris ist auf den 13. Dezember festgesetzt.

### Eine amerikanische Ueberwachung Wilson's.

Amsterdam, 4. Dez. Nach einer amerikanischen Meldung der Times bestätigt sich, daß der Senat geneigt ist, dem Präsidenten einen Ausblick nachzulassen, der über ihn eine gewisse Aufsicht ausüben soll. Ferner bestätigt die „New York Times“ die bereits gemeldete Absicht, den Völkern so zu gestalten, daß eine internationale Flotte zur Verfügung stünde und daß die wegen genommenen deutschen Kriegsschiffe den Vereinigten Staaten bilden würden.

### Die Kongreß-Versammlung Wilson's.

Der ausführliche Text der Kongreß-Versammlung in der gemeinsamen Sitzung des Kongresses liegt jetzt in einer Neuausgabe vor. Danach sagte der Präsident u. a.: Wir werden uns wieder den Aufgaben des Friedens zuwenden, der gegen die Gewalt unangemessener Konzepte und ehrgeiziger militärischer Koterien gehört und für die Neuordnung, für die neuen Grundlagen der Gerechtigkeit und Bütigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriff, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu ordnen und zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu helfen. Es ist internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht nur persönliche Sicherheit.

Zum Schluß sagte der Präsident: In dem Maße, wie die Gelegenheit, am dem Kongreß meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Krieg gegen die Mittelmächte alliiert sind, zusammengekommen zu dem Zweck, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Aufgabe, die sich daraus ergibt, bewußt, aber der Entschluß, daß es meine unabweisliche Pflicht sei, hinzugeben, wurde mir durch die Erwägung aufgezwungen, die wie ich glaube, für Sie ebenfalls entscheidend sein wird, wie sie mit mir stehen. Die alliierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich im Kongreß am 8. Januar des Jrs. verkündete. Ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begrifflichen Gründen wünschen die Alliierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Verhandlung mit

ihnen. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der anfrichtige Wunsch unserer Regierung, ohne selbständige Absichten irgendwelcher Art zu einem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohl der beteiligten Völker beitragen würde, zu gelangen, ehestmöglich gemacht wird. Die Friedensbedingungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für den Welt von größter Bedeutung und ich kann kein Geschäft oder Interesse, das ihnen entgegensteht, haben. Die letzten Meinungen unserer Streitkräfte zu Lande und zur See haben genügend für die Ziele des Landes gesprochen. Ich vermute, diesen Zwecken Ausdruck zu geben; sie werden von den Staatsmännern, als ihren eigenen Gedanken und Wünschen entsprechen, angenommen. Auch die alliierten Regierungen nehmen sie an. Ihnen bin ich schuldig, darauf zu achten, daß sie, soweit an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden, und daß keine Mißverständnisse entstehen, die sie zu bewirken vermögen. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Erreichung dieses Wunsches zu haben und Blut zu spenden, auf mich zu nehmen. Ich würde mich freuen, zu einem Frieden zu kommen, der wichtiger wäre als dieser. Ich werde mich bemühen, in enger Fühlung mit Ihnen zu stehen, wie ich es, erlaube.

Auf mein Ersuchen hat die französische und die englische Regierung die

### Senat für Arbeitsverhältnisse.

die bis vor 14 Tagen befristet war vollständig aufzuheben. Es gibt auch auf dieser Seite eine gewisse Senkung, außer wenn es sich um den Bereich getriebener Betriebe, gegen mit den feindlichen Ländern handeln.

### Der angeklagte Kriegsschaden der belgischen Industrie.

Brüssel, 4. Dez. Genes. Der Hauptausfluß für die Industrie schädigte den durch den Krieg bewirkten Schaden der belgischen Industrie auf Grund einer ersten Untersuchung auf 6000 Millionen Franken.

### Heimsendung aus England.

Hann, 4. Dez. Die englische Regierung beschließt, die in Gefangenschaft befindlichen schwerverwundeten und zivilisierten Deutschen demnächst nach Deutschland zu schicken. Man sollte meinen, das sei längst ein Gebot der Menschlichkeit!

### Belgisch-französisch. Entente.

Bern, 3. Dez. Das „Berne Tagblatt“ meldet aus Paris: „Der Temps“ berichtet: Kaiser Wilhelm und Clemenceau wird am 8. Dezember auf König Albert in das wiedereroberte Straßburg einziehen, was bedeutet, daß zwischen Frankreich u. Belgien fortan eine gemeinsame Rhein- u. Raaspolitik bestehen werde. Hierüber dürfte man sich in Deutschland keiner Täuschung hingeben.

Mit anderen Worten heißt das: Belgien tritt in Zukunft nach französisch. Flöte und begibt sich seiner bisherigen Selbständigkeit.

### Marshall Hoß.

Amsterdam, 4. Dez. Marshall Hoß hat sein Hauptquartier in Luxemburg errichtet. Bei seiner Ankunft wurde er vom Generaloberst festlich empfangen.

### Die Ankunft Wilson's.

Amsterdam, 4. Dez. Neuer meldet aus Drees daß Wilson am 12. Dez. nachmittags an Land gehen wird. Es werden ihm militärische Ehren erwiesen. Er wird im Rahmen der Regierung von Vichon, Legues und Tardien empfangen werden. Der Zug des Präsidenten wird um 1 Uhr morgens in Paris eintreffen.

### Engländer im Jansin.

Jansin, 3. Dez. Den Jansinischen Nachrichten zufolge traf im Oberamt der Abteilung der Jansin eine Abteilung englischer Truppen ein.

### Neue Veränderungen in Köln.

Der Kommand der letzten deutschen Truppen aus Köln wurde von unheimlichen Elementen in der Nacht auf Mittwoch zu neuen Führern und Führern benannt. Hunderte von neuen Führern, von dem Zentrum (Kleinverhältnisse) und das sind die Führer (Hut er und Herr, Reich) und rüber einer ein Monarchist und Belgier aus, so wie eine lokale des Bismarck von Köln. Die Bürgerwehr greift ein, es wurden vier Führer getötet, mehrere schwer verletzt.

# Die Spartakusleute.

Wohin stammten die Spartakusleute? Aus den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Parteipolitik seit 1917 sich in zwei Richtungen spaltete. Die eine Richtung, die sich um die Führung der Partei die sozialdemokratische Arbeitgemeinschaft (ab) die sich auf der Parteikonferenz zu Göttingen (1917) als unabhängige sozialdemokratische Partei konstituierte. Weiter links standen die „Kämpfer“, Rosa Luxemburg und andere ultra-radikale Elemente. Diese sammelten ihre Gefolgsleute seit Herbst 1918 und organisierten sich neben den „Republikanischen“ und „Unabhängigen“ als „eine Partei, als internationale Sozialisten Deutschlands“. In Göttingen wurden die Spartakusleute als Gruppe der linken Gruppe der Partei, deren Ziel in der Regel lautete: „Mit Parteilosigkeit Spartakus“.

In diesen Spartakusleuten wurden die Mehrheitssozialisten auf schärfste bekämpft. Ihnen sollten die Genossen keinen Mann und keinen Groschen zur Verfügung stellen. Rückwärts trat sie für die Parteipolitik ein. Dem Parteivorstand sagten sie den Kampf bis auf den Tod an. Seine Mitglieder und die Führer der Mehrheitssozialisten nannten sie „Unwürdige und Verräter“, „Anführer ihrer Kameraden und ihrer Wandler“, aus denen sie schamlos verbannt werden müßten. Pöbelhorden, Photographen, Bedrängungen und fliegende Blätter warfen die Spartakusleute massenhaft in die sozialdemokratischen Volksfreie, um durch sie die um Schicksal der Arbeiterklasse zu zeigen und ihre Stellung in der Partei zu untergraben. Aber auch die „Unabhängigen“ erlitten keinen Vorzug. Ihre ganze Politik wurde der Goldzeit und Schwachheit gezeichnet, die schlimmste sei jene der Nationalliberalen. Dem Imperialismus hätten sie nichts als Senzler nach dem Frieden entgegenzustellen, und anstatt mit Taten würden sie ihn mit „unkontrollierbarem passivem Widerstand“ bekämpfen.

Ganz anders die Spartakusleute, die aus ihren Anschauungen kein Geheimnis machen, sondern freimütig aussprechen, was sie denken u. wollen. Was denn?

Die Spartakusleute wollen die Weltrevolution. Darum bekämpfen sie, wie der „Vorwärts“ (Nr. 306 vom 6. Nov. 1918) treffend schreibt, sogar den Frieden. Sie leben in Wilsons Vorlesungen nur ein Mittel, die soziale Revolution zu erzwingen und möchten am liebsten den Krieg bis zur völligen Auflösung weiterführen, in der dann ihr bolschewistischer Weltfrieden blühen mag.“ Aus diesen Erwägungen heraus hat auch nach Ausbruch der deutschen Revolution die bolschewistische Moskauer Regierung in einem Aufruf verkündet, „mit ihren Truppen den Rhein vorzubringen zu wollen“ („Vorwärts“ Nr. 320 vom 21. November 1918). Die Verwirklichung der deutschen Revolution ist diesen bolschewistischen Elementen vollständig „Wur“. Das deutsche Volk und das deutsche Meer bedankt sich aber jedenfalls für die Unterstützung durch Parteimitglieder, die weder den Aufmarsch ihrer Feinde im östlichen Ausland noch die Besetzung Nordrusslands durch die Entente abzuwehren wußten, noch auch im inneren Lande Ruhe und Ordnung zu schaffen imstande waren. Auch sind wir Zeuße nicht gewillt, uns bolschewisieren zu lassen, um dadurch erneut die ganze Entente auf den Hals zu legen.

Die „rote Fahne“, das Organ der Hamburger Spartakusleute, beschäftigt sich mit diesen Ausführungen, wenn sie nach dem „Hamburger Echo“ (Nr. 276 vom 23. November) schreibt: „Treibt die deutsche Arbeiterklasse ihre eigene Revolution vorwärts, dann führt sie die Bolschewisten gegen die Widerläufer, dann ist die Möglichkeit, daß sich die Revolution zur Weltrevolution entwickelt und macht Deutschland zum Zentrum der revolutionären Bewegung. Treibt sie damit auch Deutschland für den internationalen Kapitalismus, für den vereinigten Anti-Bolschewismus zum strategischen Punkt. Auf Deutschland wird der Hauptangriff erfolgen. In Deutschland wird die Weltrevolution vorbereitet werden.“ Wir haben der Kriegsverweigerung, der Kriegskriegspropaganda und der Kriegskosten gerade genug. Wir bedanken uns für derartige Experimente und lehnen diesen bolschewistischen Wahn ab.

Die Spartakusleute wollen die Diktatur des Proletariats und wünschen nicht etwa die Herrschaft des Gesamtvolkes, eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts zustande gekommene Volksregierung, sondern ausschließlich die unumschränkte Herrschaft ihrer bolschewistischen Gefolgsleute, die sie mit Waffengewalt durchzusetzen und aufrechterhalten suchen. Sonach ist dieser Bolschewismus nichts anderes als Militarismus von unten. Unberührt, aber konsequent zu ihrer Art erklären sich deswegen Liebknecht und Genossen gegen die Einberufung einer Gesetzgebenden Nationalversammlung. Ihr Parteiführer Richard Müller erklärte in einer Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins am 19. November im Zirkus Busch unerschrocken: „Der Weg zur Konstante wird über meine Leiche führen“ („Vorwärts“ Nr. 320 vom 20. November). Nennen die Spartakusleute aus Rußland, dann ist es aus mit der Versammlungsfreiheit, mit der Vereinigungsfreiheit, mit der Pressefreiheit, mit den Vereinigungen von Arbeitern, wie wir sie bereits heute in Hamburg („Hamburger Echo“) und Berlin („Berliner Volkszeitung“) und andern Orten erlebt haben, sind dann an der Tagesordnung. Russische Zustände sind unausbleiblich.

Auf diese Steuern die Spartakusleute gewaltig zu. Alle Mittel sind ihnen dabei recht: Terror, Konfiskation, Obstruktion, Sabotage, Verhöhnung der Wahlen, direkte Aktion. Gefahr ist im Verzuge. In den Verfassungen sind die Spartakusleute, auch in Berlin, machen sie sich breit und breiten die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederbismarck stellen sich am 20. November auf den Standpunkt der Spartakusgruppe. Die Herrschaft der Spartakusleute bedeutet Wiederanstehen des Militarismus in der rohen und brutalen Form, Anarchie im Wirtschaftsleben und Chaos im deutschen Reich. Kommen die Spartakusleute aus Rußland, dann gibt es keinen Frieden und kein Brot. Das sind die Gefahren, die dem deutschen Volke gegenüber von dieser Seite drohen.

# Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Bern, 3. Dez. Angesichts der Verleumdungen, die über die Behandlung der Kriegsgefangenen in der französischen Presse ausposaunt werden, darf mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland nicht schlecht ertragen ist.

Journal de Genève und Tribune de Genève schreiben, daß die Gefangenen sich nicht über die Behandlung in Deutschland beklagen, die Kaufmann „Revue“ trägt ihr ausgezeichnetes Aussehen.

Die schlechte Aufnahme der franz. Gefangenen in Frankreich.

Basel, 3. Dez. Im Journal du Peuple findet sich ein Bericht über die Sitzung der französischen Kammer, in der über die Rückkehr der französischen Kriegsgefangenen aus Deutschland verhandelt wurde. Es geht daraus hervor, wie sehr Frankreich selbst schuld ist an dem miserablen Gesundheitszustand eines Teiles dieser Kriegsgefangenen, die angeblich in Deutschland schlecht behandelt worden sein sollen. Aus dem Bericht des Journal du Peuple seien die Kränkungen folgender Redner hervorgehoben:

Paul Cassini: Die aus Deutschland zurückkehrenden Franzosen werden in Frankreich sehr schlecht aufgenommen. Nichts ist zu ihrem Empfang vorbereitet. Bei einer Abreise haben allein 170 Mann an Hunger u. Schwäche und in Paris mußte man öffentliche Sammlungen veranstalten, um ihnen Brot zu beschaffen.

Louis Marin: In Nancy ist es genau wie in Paris. Die Verwaltung, die selbst nicht tut, hindert die Hilfsvereine im Handeln. In Verdun hat man die zurückkehrenden Gefangenen untergebracht. Auch bei den fürzlich in Grenoble eingetroffenen Truppen sind zahlreiche an Hunger gestorben. „Der Soldat“, so hob Paul Cassini darauf hervor, ist die französische Regierung, die nichts vorbereiten wußte und auch weiterhin nichts tut.“

Charles Debouca: In Nancy habe ich Menschen gesehen, wie sie in einer Kaserne kampierten, aber ohne Wasser, ohne Nahrung, ohne Deckung. Die vornehmliche Interpellation verlangt von der Regierung, Deutschland zu einer besseren Behandlung der Gefangenen anzuhalten, statt sich selbst zu einer besseren Behandlung zu verpflichten. Ein Oberst empfing die Gefangenen mit folgenden Worten: „Ihr seid Feinde, ihr habt Euch ergeben.“ Das sagte er jedoch nur zu den Soldaten, zu den Offizieren sagte er nichts.“ Der Bericht hebt dann weiter hervor, daß der Unterstaatssekretär Sagnac sich gebildet habe, zu erklären, daß die Regierung ganz und gar nicht vorbereitet gewesen wäre.

# Ein brennender Gegenstand zur bayerischen Staatsregierung.

Berlin, 3. Dez. Es lohnt sich, die Aufmerksamkeit auf die Zusammenlegung der „brennenden Gegenstände“ zu lenken. Erster Präsident ist ein Kunststicker, zweiter Präsident ein Jongleur, der bis zum Ausbruch der Revolution im Cole-Museum tätig war. „Kulturminister“ ist eine Frau, die kaum ordentlich lesen und schreiben kann und die wegen Unterdrückung im Jahre 1915 aus dem Nationalen Frauenverein entlassen wurde.

Und diese modern Deutschen sollen im Verein mit den gleichgesinnten S. u. A. in knapp 3 Wochen 12 Mill. Mark über den Staat veräußern „verkauft“ und „verjonalisiert“ haben. Alle künftigen Wahlen für Stümper waren dagegen die stärksten Versagler!

# Unsere tapfern Ostafrikaner

Es bekanntlich im Vorkriegsstande freier Mann genährt worden. Sie werden sich am 15. Dezember in Doretschalom nach Europa einschiffen. Der früheste Aufbruchtermin wäre demnach Anfang Januar, der späteste Ende Januar, je nachdem das Schiff den Suezkanal benutzt oder um ganz Süd-afrika herumfahren muß.

# Die prächtige Ordnung des Rückmarsches.

Amsterdam, 3. Dez. Dem bisherigen Kriegsberichterstatter des Allgemeinen Handelsblatt bei dem deutschen Heere lagte in Spaa der General v. Winterfeld, die Herrin von der Generalität glaubten immer noch nicht an den Ernst der deutschen Revolution und seien ebensowenig überzeugt, daß das Heer in der Auflösung begriffen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten auf deutscher Seite unmöglich sei. Sie wiesenen dabei auf die prächtige Ordnung, die sich beim Rückmarsch des Feldheeres kundgegeben habe.

# Die Franzosen auf dem rechten Rheinstrom.

Berlin, 4. Dez. Bei der Deeresgruppe D sind französische Posten bei Metz, die dem rechten Rheinstrom festgesetzt worden. Die gegenüberstehende französische Armee wurde funktionell erlucht, die Posten zurückzunehmen. Bei Rheinstrom hat der Gegner keine Posten verlegt, anscheinend dadurch benutzend, daß die Bevölkerung auf dem rechten Rheinstrom durch die Abwesenheit aller auf dem rechten Rheinstrom die Bevölkerung vollständig demoralisiert worden.

# Deutschland.

Die liberale Einigung vollzogen. Aus Berlin wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei zu einer Verschmelzung der beiden neuen liberalen Parteien insofern geführt haben, als die Deutsche Volkspartei in der Deutschen Demokratischen Partei aufgeht. In den Vorstand der vereinigten liberalen Partei treten von nationalliberalen Politikern Friedberg, Bollert, Wankenburg und Frau Clara Meude. In einer demnächst erscheinenden Parteiverordnung wird besonderer Nachdruck auf die Sicherung der deutschen Einheit und die Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft gelegt werden.

# Schulparlamente, eine neue Kartetei

Die neueste Schöpfung des preussischen Kultusministers ist ein Erlaß an die Schüler, nach der diese unter eigener Verantwortung an der Gestaltung ihres Lebens mitwirken sollen. In diesem Zweck soll an den höheren Schulen alle zwei

Wochen ein Schulparlament, eine sogen. Schulgemeinde zusammenberufen, in der eine freie Aussprache der Lehrer und Schüler über die Angelegenheiten des Schullebens, der Disziplin usw. erfolgen soll. Gelegentliche Beschlüsse hat die Schulgemeinde vorerst nicht. An der Schulgemeinde haben sämtliche Lehrer und Schüler von Obertertia bis zur Reifeprüfung teilzunehmen. — Man muß sich wundern, daß die Regierung nicht auch Idioten für die Volksschulen und Kindergärten nachkommen ins Leben ruft. Was dem einen recht ist, sollte dem andern billig sein.

# Provinzielles.

Bad Ems, 5. Dez. Nach sehr langer und teilweise erregter Aussprache wurde in einer Volksversammlung beschlossen, den bereits bestehenden Arbeiterrat von 9 Mitgliedern in einen Volksschuss umzuwandeln und weitere 9 Mitglieder aus den anderen Kreisen der Bürgerlichkeit sowie 2 Frauen zuzuwählen. Insgesamt würde der Ausschuss also aus 20 Personen bestehen.

Bom Lande, 5. Dez. Die preuss. Regierung ordnet an: Ergänzung- und Erziehungsausschüsse zu den Gemeindevertretungen Stadtverordnungsversammlungen (Bürgervereine - Kolonien), Freistagen, Provinziallandtagen usw. sollen bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht stattfinden. Die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen Gesetzgebung erfolgenden Wahl verlängert.

Höhr, 5. Dez. Eine außerordentlich große Versammlung im katholischen Vereinshaus am Sonntag in Keimern. Die katholischen Vereine — Volks-, Marien-, Fräulein-, Frauen-, Gesellen- und Arbeitervereine — waren der Einladung ihres Vorstandes bereitwillig in schweifender Zahl erschienen. Ein Beweis dafür, mit welcher lebhaften Interesse, mit Begeisterung das kathol. Volk der Erneuerung unerquicklicher Verhältnisse der Gegenwart folgt. Herr Kaplan Spahn sprach über die allgemeine Lage; Herr Parter vertrat beantwortete in längeren Ausführungen die Frage: Was bedeutet Trennung von Kirche und Staat? Besondere Aufmerksamkeit und reicher Beifall fanden die beiden Redner.

St. Goarshausen, 5. Dez. Die vorläufige Vertretung unseres Landratsamtes ist Herr Regierungsrat Dr. Jaun aus Wiesbaden übertragen worden.

fc. Sonnenberg, 5. Dez. Gestern morgen ereignete sich in Sonnenberg ein Unglücksfall. Ein etwa 50jähriger gut gekleideter Mann lag auf einem Feldweg der durchgehenden Truppen, fiel herunter, kam mit dem Kopf unter die Räder und war sofort tot. Aus Sonnenberg ist der Junge nicht. Man nimmt an, daß er aus Wiesbaden ist.

Wiesbaden, 5. Dez. Der Fremdenverkehr ist außerordentlich zurückgegangen, da auch der Besuch von Offizieren und franken Mannschaften stark nachgelassen hat. Bis zum 30. November wurden 91 053 Fremde gezählt, 31 222 Kurgäste und 59 831 Postboten. Die durchschnittliche Tagesfrequenz in der letzten Zeit betrug nur circa 100 Postboten und 20 Kurgäste. Die Einnahmen für die Stadt aus der Kursteuern fallen so wie ganz aus. In den großen Hotels ist mehr Personal als Fremdenbesuch. Doch sich die Kur unter der bevorstehenden französischen Besetzung heben wird, glaubt man nicht.

Bad Homburg, 5. Dez. In der Meldung, daß durch den biesigen A. u. S.-Rat die Vorräte des Großen Hauptquartiers veräußert worden seien, schreibt die Fuldaer Zeitung: Wo die Einrichtungsgegenstände, die nach Millionen zu werten sind, sollen von dem A. u. S.-Rat an den Prebiteren versteigert werden sein. Viele Einrichtungsgegenstände sind aber doch wohl Eigentum des Heeres, also Reichseigentum. Wer erteilt einem A. u. S.-Rat in der Stadt Homburg das Recht über Reichseigentum zu verfügen? Es gibt einige recht unangenehme Vorproben im Strafgesetzbuch für Leute die über fremdes Eigentum verfügen, und das Strafgesetzbuch ist durch die Revolution bisher noch nicht abgeschafft. Hoffentlich kann der A. u. S.-Rat nachweisen, daß er zu seinem Vorgehen legitimiert war. Uebrigens ist eine solche Veräußerung zur jetzigen Stunde ohne vorherige weitest Befähigung nichts anderes als Verschleuderung, die wertvollen Sachen geben zu den lächerlichsten Preisen fort. Immerhin wird doch einiges Geld dabei zusammengekommen sein, und den einen oder anderen Reichsbürger, der durch seine Steuerleistungen sich als Mitigentümer des veräußerten Gutes betrachten konnte, wird es interessieren zu erfahren, in welche Hände das Geld geflossen ist. Für eine halbe Million Mark war bereits gefahren worden, heißt es weiter. Da sollte man den A. u. S.-Rat beauftragt machen. Wozu hat man denn einen A. u. S.-Rat, wenn er nicht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sorgt? Millionenwerte die die Vorräte des Großen Hauptquartiers läßt man nicht ohne scharfe Bewachung, die eine Veräußerung unmöglich machen.

Höchst, 5. Dez. Die rote Fahne, die seit geraumer Zeit vom Balkon des Rathauses weht, gab einer hier durchmarschierenden Kompagnie Anlaß zu abfälligen Bemerkungen, worauf ein Ritual des Arbeiter- und Soldatenrates vom Fenster aus eine nicht mißverständliche Antwort gab, indem er mit dem Zeigefinger an die Stirn tippte. Darauf strömten die Soldaten ohne weiteres die Rathausstiege hinauf, rissen die Fahne herunter, warfen sie in den Straßensand und verweilten so lange, bis sie unter den Rädern der vorbeiziehenden Fuhrkonne zugrunde gegangen war. Der Vorfall erregte große Aufregung.

Höchst, 5. Dez. Das hiesige Bezirkskommando wurde am 30. November geschlossen und aufgelöst. In seine Stelle ist für die Kreise Höchst, Oberhain und Wingen ein Kommando mit eingeteilt worden. Die Geschäftsräume befinden sich für den Kreis Höchst in Höchst und für die Kreise Oberhain und Wingen in Bad Homburg.

Schmitt, 5. Dez. Zur Wahrung der kathol. Interessen in den Gemeinden Schmitt und Winkelschmitt wurde kürz. unter dem Vorsitz des Hrn. Pfarrer Steinmetz ein katholischer Männerverein gegründet; 4 Männer aus Schmitt und Winkelschmitt erklärten sofort ihren Beitritt.

Frankfurt a. M., 5. Dez. Eine von weit über 100 Mitglidern besuchte gemeinsame Versammlung des kathol. Lehrers- und Arbeitervereins nahmen einstimmig die Erklärung an, sich an den Wahlen der neuen Ordnung zu stellen und weiter wie bisher mitzuarbeiten an der Erziehung der

denkenden Jugend zum Besten des deutschen Volkes. Sie gab ferner der Erwartung Ausdruck, daß die neue Regierung unverzüglich die Befreiung der Arbeiter von der Schulpflicht und des Lehrerbundes geistlichen Forderungen betrinken möge.

St. Frankfurt, 5. Dez. Der Schiffahrtsverkehr auf dem Main zeigt in diesen Tagen trotz des niedrigen Wasserstandes ein außerordentlich reges Leben. Unterbrochen schleppten Dampf lange Kahrreihen bergwärts, während der Verkehr zu Tal fast ganz eingestellt ist. Die Stromausfahrenden Boote bringen nach Millionen wertende Mengen von Lebensmitteln, Ölerzeugnissen, Wein usw., die in arduer Eile aus den Rheinstellungen vor den anjehenden feindlichen Beziehungen entfernt und hinter der neutralen Zone in Sicherheit gebracht werden sollen.

St. Frankfurt, 5. Dez. In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde ein dringlicher Antragsantrag verlesen, der im Auftrag des hiesigen Arbeiter- u. Soldatenrates folgende Punkte zur Erwählung verlangt: Für die Ausbildung des Sicherheitsdienstes durch 100 Mitglieder der Arbeiter- und eine besondere Vergütung an die Schutzmänner monatlich 600 000 M. für den Arbeiter- und Soldatenrat selbst 200 000 M. zusammen 800 000 M. Die Vorlage erregte, daß jeder Wochensatz 14 Mark erhält. Auf Antrag des Stadtr. Brud wurde die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen, da die Frage, ob die Stadt rechtlich zur Deckung dieser hohen Summen verpflichtet ist, keineswegs gelöst sei. — Ein Antrag des Stadtr. Harmon (Fr.), die Stadt möge rechtzeitig Schritte einleiten zur Wahrung der besonderen Interessen der Bevölkerung des Rhein-Maingebietes (Hessen und Odenwald) bei der Neugestaltung des Reichs, aber niemals in dem Sinne, daß eine Sonderrepublik ober dergl. entsteht, wurde dem Magistrat als Material übergeben.

St. Fulda, 5. Dez. Der Reichstag nahm einen Antrag auf Ausbau des zweiten Gliedes der Bahnlinie Gießen-Fulda an und wird ihn der Regierung zur Weiterbearbeitung übermitteln.

Kassel, 5. Dez. Der Kasser Arbeiter- und Soldatenrat hat kürzlich in Berlin den Antrag gestellt, die verfassunggebende Nationalversammlung nach Kassel einzuberufen. Die Verlosung, welche einiger Grund zu der Erwartung, daß dieses Anerbieten bei der Reichsregierung Anklang findet.

# Die Auflösung des stellv. Generalkommandos.

Frankfurt, 5. Dez. Der Kommandierende General des aktiven 18. A.-R. v. Grel gibt folgende Bekanntmachung: Das stellvertretende Generalkommando 18. A.-R. wird mit dem 9. 12. 18 aufgelöst. An seine Stelle tritt mit diesem Tage wieder das aktive Generalkommando 18. A.-R. in Kassel. Von da ab sind sämtliche Eingaben betreffend militärische Angelegenheiten nicht mehr an das stellv. Generalkommando 18. A.-R. Frankfurt (M.) sondern an das Generalkommando 18. A.-R. in Kassel zu richten. In den Räumen des bisherigen stellv. Generalkommandos 18. A.-R. in Kassel, Taunusanlage 9, wird ein „Büro-Departement für den Bereich des 18. Armeekorps“ errichtet.

# Beschäftigte Personen im besetzten Gebiet.

Frankfurt, 5. Dez. Das stellvertretende Generalkommando des 18. A.-R. erläßt folgende Bekanntmachung:

Unschuldig des künftigen besetzten Gebietes tige Personen im besetzten Gebiet sind die bisherigen Besatzungen der Wissenschaftsmissionen folgenden:

1. Alle bei Abschluß des Waffenstillstandsabkommens im dem Besatzungsbereich befindlichen Personen, die nach dem Abschluß der Besetzung des Landes wohnen werden, auch wenn sie vor dem Krieg nicht dort wohnt haben, sondern erst während des Krieges zugewandert sind.
2. Alle nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens entlassenen und zur Entlassung kommenden Offiziere, Militärbeamten und Mannschaften, die sich im dem Besatzungsbereich befinden, aufhalten, wenn sie schon vor dem Krieg dort ansässig waren.
3. Entlassene Mannschaften etc., denen nach vorstehenden Ziffern 1 und 2 die Rückkehr oder das Verbleiben im dem Besatzungsbereich nicht möglich ist, werden, wenn sie den Jahrgängen 1896-99 angehören, von dem Besatzungskommando wieder eingezogen und im Besatzungsbereich bei ihrer Waffengattung wieder eingestellt. Zu diesem Zweck haben sich die in Frage kommenden Mannschaften bei ihrem zuständigen Besatzungskommando zu melden. Anderen Jahrgängen steht der Wiederertritt frei.
4. Alle entlassenen Militärpersonen müssen vorchriftsmäßige Entlassungspapiere haben. Als ordnungsgemäß gelten nur Militärpapiere, die legitimiert mit dem künftigen kaiserlichen und der Unterzeichnung der entlassenden Dienststelle versehen sind. Unterschriften und Stempel des Arbeiter- und Soldatenrates erkennen der Besatzung nicht an.
5. Die vorstehenden Bestimmungen unter 1-3 gelten nicht für neutrale Gebiete. In diesem Sinne sind alle ordnungsmäßig entlassenen Militärpersonen ihre Rückkehr auf Jahrgänge und früheren Wohnort sich auszuweisen.

Leine nassauische Chronik. Die Töchter des nassauischen Oberbergrats Schapper zu Wiesbaden haben zum Andenken an ihren verstorbenen Vater eine Stiftung in Höhe von 35 000 M. errichtet. Die Zinsen dieser „Oberbergrat Schapper-Stiftung“ sollen hilfsbedürftigen Bergleuten und Witwen und Waisen verschorder Bergleute im früheren Herzogtum Nassau zugewendet werden. Die Verwaltung der Stiftung übernahm der Nassauische Oberbergrat zu Wiesbaden. — Ein Doppellehrerzug bewegte sich am Sonntag durch Niederstelters. Die Oberlehrermeister Herrn geleitet man zur letzten Ruhe. Als Opfer der Grippe erlitt ein seltsames Geschick beide fast zu gleicher Zeit auf dieser Welt.

# Totales.

Limburg, 6. Dezember. Die Schulbesetzung. Die zur Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung für das Deutsche Reich geschaffenen Zentralstellen — Reichsstelle für Schulverwaltung, Unterrichtsverwaltung, Schulbau, Schulverwaltung, Hauptverteilungsausschuß des Schulbaues, Kontrollstelle für Schulwarenpreise, Schulbuchverteilungsausschuß m. B. G. — und die von diesen erlassenen Bestimmungen werden zunächst unverändert fort. Die reguläre Versorgung der Bevölkerung mit Schulmaterial ist von der ungeschützten Weiterarbeit dieser Stellen abhängig. Eingetragene Stellen in die Verwaltung von Schulmaterial und Leder sind nach Anordnung des Unterrichtsministeriums unzulässig und rechtmäßig. Centrale Lehrbücher oder Abdrucke der Reichsstelle für Schulverwaltung anzunehmen, welche für Abhilfe sorgen wird. Das Unterrichtsministerium sucht nach wie vor genaue Einhaltung der bestehenden Bestimmungen. Dies gilt insbesondere für die Verlangung von Schulmaterial auf Schulbedarfslisten. — Frohliche Soldatenlieder und fliegendes Spiel haben auch am gestrigen Tage dem weiteren Durchmarsch unserer Truppen durch die Stadt Limburg das Gebräue. Verlaß dem württembergische Infanterie-Regiment

mit den zugehörigen Maschinengevähren, Gasolmaschinen und anderer Waagen zogen gestern hier durch. Die Truppen führten vielfach improvisierte Fahnen in den württembergischen Landesfarben, schwarz-rot, mit sich und erwiderten feindlich und guter Dinge die heulenden Schreie der Bevölkerung. — Weiter wurde ein Bataillon des württemberg. Inf. Regts. Nr. 130 (alte) Wilhelm, das bis zum 12. Dezember zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin die Kriegsgewehre unternommen. Nachdem am 10. d. M. der 3. Abt. der württemberg. Inf. Regts. Nr. 130 (alte) Wilhelm, das bis zum 12. Dezember zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin die Kriegsgewehre unternommen. Nachdem am 10. d. M. der 3. Abt. der württemberg. Inf. Regts. Nr. 130 (alte) Wilhelm, das bis zum 12. Dezember zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin die Kriegsgewehre unternommen.

Der Bürgerausschuß hielt Rathschuß seine erste Sitzung ab. Zunächst wurde die Deputation ausgearbeitet. Zum Vorsitzenden wurde Herr Kottenshoff, zum Stellvertreter und Kassierer Herr Priester, zu Schriftführer Dr. Schmidt und Herr Adams ernannt. Es wurde beschloffen, allmählich Donnerstag abends 8 Uhr bei Herrn Postleber eine Sitzung abzuhalten, in welcher Vorträge gehalten und wirtsch. Angelegenheiten besprochen werden sollen. Ueber die Art der Sammlungen mit dem A. u. Z. Rat sind eine Reihe von Besprechungen in welcher der Vorsitzende des A. u. Z. Rat in der nächsten Sitzung Bericht erstatten werden. In den nächsten Tagen werden die Arbeiten des Ausschusses eine Organisation bei der Tätigkeit der Mitglieder, durch welche die Mittel für die Sammlungen inbegriffen sind, zu beschaffen. Weiter ist der Aussch. mehr zu wünschen, daß es nach diesen Bestrebungen.

**Nachrichten.**

Limburg, 5. Dez. Wie die Kölnische Volkszeitung in Nr. 945 meldet, wird einer vom Herrn Erzbischof von Köln, Kardinal v. Hartmann, ausgesprochenen Bitte um Schonung der kirchlichen Gebäude entsprochen werden. Es ist, fährt die Zeitung fort, also Besorgnis getroffen, daß die Kirchen und die Konvikte in Bonn nicht zu Einquartierungszwecken benutzt werden. Ein Telegramm mit ähnlichem Inhalt ist seitens des Staatssekretärs Erzberger auch an unseren hochwürdigsten Herrn Bischof gelangt.

Vom Rhein, 5. Dez. Am Heiligabend, nachmittags, nächsten Sonntag, werden sich 25 Jahren vollenden, seitdem die im Jahr 1892 nach Limburg gekommenen Wallonier ihre zweite Niederlassung in Deutschland zu Ehrenbreitstein geortnet haben. Diese Niederlassung kann somit in einigen Tagen ihr 15-jähriges Jubiläum feiern. Ihr dient das Haus bis im Jahr 1897 vertreten durch seine gebieteren ibrösischen Rentnisse, die er in hoch bewerteten Schriften niederlegte, als „Lehrbuch“ rühmlich bekannt. Auftrags Franz Reinhard, dessen ehelebhafte Töchter Paula und Maria Reinhard, stellen ihr Besitztum mit einer Wunderschönen, durch Architekt und kunstvolle Arbeit der Feinere Schale ausgezeichneten Parade der Millionenvermögen zur Verfügung. Dem Besitztum nach wird der wegen des Krieges noch in Deutschland verweilende Star von Kamerun, Sr. Bischof von

mann, am Jubelstöße, daß der traurigen Festhaltung wegen ohne äußere Hilfe bleibt, in der Kapelle des Ehrenbreitsteiner Schlosses ein feierliches Requiem stattfand.

**Vermischtes.**

H. Mainz, 5. Dez. Drei 12-jährige Jungen wurden durch die Explosion einer Handgranate, mit der sie leichtfertig spielen, schwer verletzt.

Wald und Holzmarkt. \* Coblenz, 5. Dez. In dem Hause Friedr. Schreier 48 lebte ein Lokomotivführer aus Bendorf durch einen Unfallschicksal die 17-jährige Kriegswitwe S. und erschlug sich dann selbst. Der Mörder hatte ein Verhältnis mit der S. angeschlossen. Da diese sich weigerte, ihn zu heiraten, schritt er zu dem unglücklichen Tod.

Mineralkur eines italienischen Demos. \* Velletri, 4. Dez. Das italienische Kurort Velletri „Mollino“ ist zwischen Fiume und Pola auf eine Weite gefahren und verlassen. 113 Mann sind verunglückt.

Schwere Bomben-Explosion. \* Amsterdam, 4. Dez. Aus Batavia wird gemeldet: In St. Mielen bei Bergen sind am 2. d. M. Bomben explodiert, wodurch der Bahnhof und die Eisenbahnbrücke zerstört wurden. Der Schaden wird auf zwei Millionen fl. geschätzt.

Waffenlieferungen durch die Postkassen. \* Amsterdam, 4. Dez. Die „Morningpost“ erzählt aus Moskau, daß die Postkassen 670 Personen als Repressionsmaßregel wegen der Bürgerbewegung eingekerkert haben.

Die roten Fahnen auf dem Reichsgericht in Leipzig. Auf einen Protest des Reichsgerichts hin sind die auf dem Reichsgerichtsgebäude von den Arbeiter- und Soldatenräten gehängten drei roten Fahnen wieder eingezogen worden.

Verleumdung aus aller Welt. Hinter der Rezeptoren Seite fuhr ein Zug in eine Kette Arbeiter und Arbeiter. — Aus Göttingen (Provinz Sachsen) wird berichtet: Die rote Fahne, die auf dem Marktplatz gehängt wurde, ist nachts von noch nicht ermittelter Seite eingezogen und durch eine schwarze Fahne ersetzt worden. — Am Montag nachmittags 5 Uhr wurde von Zivil- und Militärpersonen in die Stallung der Reichsgerichtsgebäude in Coblenz eingebrochen und daraus 300 Stück Vieh weggeführt. Es handelt sich um holländisch-banierbedecktes Vieh, das nach Weidlich ist. — Eine Million Mark in Bundesbanknoten haben sechs alte deutsche Soldaten verheimlicht. Die Diebe sind im deutschen Generalkommando in Dorpat (Livland) gerannt.

**Lezte Nachrichten.**

**Norwegische Forderungen für Deutschland.**

Berlin, 5. Dez. Wie die norwegische Presse meldet, wird die Regierung Norwegens Deutschland mit Forderungen aus der See besetzen. In Stavanger sollen 40 000 Fuh Forderungen liegen, deren Abtransport nach Deutschland vorbereitet wird.

**Das russische und rumänische Gold.**

Staatssekretär Graberger stellt gegenüber den Angehörigen in der Presse fest, daß die deutsche Reichsbank in letzter Auslieferung des Reichs 19 der Währungsreformbedingungen 1735 Millionen Reichsmark im Betrag von 300 Millionen Mark nach Frankreich geschickt habe. Die Sendung sei unterwegs nach Paris.

**Die Gruppe in Paris.**

Vord. Eugon kündigt die Freibeute an, die er in hoch bewerteten Schriften niederlegte, als „Lehrbuch“ rühmlich bekannt. Auftrags Franz Reinhard, dessen ehelebhafte Töchter Paula und Maria Reinhard, stellen ihr Besitztum mit einer Wunderschönen, durch Architekt und kunstvolle Arbeit der Feinere Schale ausgezeichneten Parade der Millionenvermögen zur Verfügung. Dem Besitztum nach wird der wegen des Krieges noch in Deutschland verweilende Star von Kamerun, Sr. Bischof von

**Verzinsung der Anleihen.**

Genf, 5. Dez. Der „Gerald“ meldet in New York: Im Senatsauschuß gab Lansing bekannt, die Schuldfrage am Krieg werde nunmehr nicht völlig geklärt werden. Wichtiger als die Festlegung der Schuldfrage sei der Stand der Dinge

der Kultur und der zivilisierten Menschheit. Die Beziehungen zwischen dem Reich und dem Völkern des Auslandes. Wenn Frankreich und die britische Regierung nicht einig sind, so sei auch das Reich des Auslandes nicht einig. Amerika werde die Dunden des Krieges heilen, nicht nur in den verbliebenen Ländern, sondern auch in den bisher feindlichen Staaten.

**Die angeblichen Wünsche der Entente.**

Genf, 5. Dez. Nach einer Meldung von „Landsch.“ aus London sind auf einer Konferenz der Alliierten über folgende sieben Punkte Entscheidungen getroffen worden:

- 1. Verlängerung des Waffenstillstandes;
- 2. Auslieferung des Kaisers;
- 3. Entschädigung durch Deutschland;
- 4. Französische und italienische lokale Interessen;
- 5. Bildung von neuen Staaten mit Bezug auf die polnischen, süddeutschen, serbischen, griechischen, rumänischen und tschechoslowakischen Völker;
- 6. Nahrungsmittel- und Schiffsverkehrsfragen, Reorganisation und Verteilung der Kohlen;
- 7. allgemeine Friedenskonferenz.

**Alliierten-Konferenz in Paris.**

Genf, 5. Dez. Der Schweizerische Telegraph meldet aus Paris: Die nächste interalliierte Konferenz wird am 16. Dezember in Paris zusammenkommen, um dem Präsidenten ein gemeinsames Friedensprogramm vorzulegen.

**Der Fortschritt?**

Nach einer Meldung, die der „Deutsche Anzeiger“ aus Zürich übermittelt wird, soll der Fortschritt in der zweiten Hälfte des Dez. überaus unternommen werden. Deutschland werde keine Gelegenheit haben, die Verhandlungen zu eröffnen, da diese Bedingungen nicht abzuweichen sind. Die Verbündeten während des Krieges niederhalten verstanden haben. Nach dem „Journal“ will Wilson den Verbündeten vorschlagen, die Kriegsschiffe, die Deutschland abliefern mußte, als Kern einer internationalen Flotte zur Sicherung der Freiheit der Meere zu benutzen. (Wir geben diese Meldung wie alle uns vorliegenden Meldungen über die Friedensfrage, wieder, obwohl sie sich häufig widersprechen.)

**Keine Internierung der Armeen nach Deutschland.**

Berlin, 5. Dezember. Die deutsche Währungsreformkommission hat durchgesetzt, daß von der Internierung der Armeegruppe nach Deutschland endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

**Die Unterzeichnung der Schuld am Kriege.**

Berlin, 5. Dez. Eine Antwort auf den deutschen Vorschlag, eine neutrale Kommission zur Untersuchung der Schuldfrage am Kriege einzuberufen, ist bisher nicht erfolgt. In der französischen Presse finden sich für diesen Vorschlag nur vereinzelte hochmütige und abweisende Stimmen. Die englische Presse schweigt sich überhaupt vollständig aus. Dieses Verhalten muß umso mehr befremden, als die Entente die Schuldfrage bisher in deutschfeindlichem Sinne ausgiebig erörtert hat, sodass man hätte annehmen sollen, daß jeder positive Vorschlag zur unparteiischen Beurteilung der Schuldfrage mit Freuden aufgenommen würde.

**Lansing über den Frieden.**

Der Pariser „New York Herald“ meldet: Auf Anfrage mehrerer Senatoren im Senat erwiderte

Lansing, es läge keine Gefahr für die Welt gegenüber den Mittelmächten, sondern eine freie Ausdehnung. Die Voraussetzung aber sei, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte Regierung vorhanden sei.

**Wie die amerikanische Abreise aussieht!**

Berlin, 5. Dez. Der amerikanische Pressedienst meldet aus Washington: Der amerikanische Marineminister Daniels hat im Kongreß ein Besuchsprogramm für 136 Schiffe empfohlen, darunter 10 Dreadnoughts, 6 Schlachtschiffe, 140 Kriegsschiffe und Hilfsschiffe.

**Die münchener Amerikaner.**

Berlin, 5. Dez. Angeredend in der Schweiz lebende Amerikaner äußern sich sehr mißmutig über die Politik und Staatsmänner in Frankreich und England, welche die Vereinigten Staaten kaum erwähnen, sich vielmehr so gebärden, als ob der für sie überaus glückliche Ausbruch des Krieges allein der Lässigkeit und Unbegehrlichkeit ihrer Heere und ihrer Staatsmänner zuzuschreiben sei, während die Amerikaner der Heerezeugung sind, doch die Mittelmächte ohne das Zutun der Vereinigten Staaten den Krieg gewonnen hätten würden. Geradezu demütigend empfand man in amerikanischen Kreisen das selbstherrliche Auftreten des Lordalls Foch, der, wie man sagt, alle Fehler Ludendorffs in gigantischer Weise wiederhole und offensichtlich beabsichtigt sei, der Politik Willsons entgegenzuarbeiten, den General Verhing und die in Frankreich befindlichen amerikanischen Truppen als nicht vorhanden zu betrachten. In den genannten Kreisen ist man der Meinung, daß Foch, Clemenceau und ihre Anhänger damit rechnen, daß nach dem Frieden zu Stande kommen werde, die republikanische Mehrheit ihren Einzug in die Säle des Kongresses in Washington gehalten werden würde, welche ein hartes und unbarmherziges Vorgehen gegen Deutschland verlangte. Diese Vermeidung sei jedoch irreführend, denn wenn es sich um die Ehre und das Ansehen der Vereinigten Staaten handelte, so würde das ganze Land geschlossen hinter dem Präsidenten stehen. In Amerika wünsche man nicht, an Stelle des perfidischen Imperialismus einen engherzigen Nationalismus zu haben. Die Vereinigten Staaten seien mächtig genug, um der Gerechtigkeit und einem wahren Völkerrfrieden zum Siege zu verhelfen, falls im Innern Deutschlands die Ordnung aufrecht erhalten bleibe. Die Diktatur einer Klasse und das Wahrgreifen rassistischer Zustände in Deutschland würden die Vereinigten Staaten zwingen, zuerst wenn nötig mit Gewalt, Ordnung zu schaffen und erst danach mit einer demokratischen geordneten Regierung Frieden zu schließen. In diesem Falle würde es den Vereinigten Staaten allerdings außerordentlich erschwert werden, den interalliierten Reigungen gewisser Mächte einen Damm entgegenzusetzen.

**Vereinigenachrichten.**

Marien, 5. Dez. Heute abend 8 Uhr findet im Hotelhaus Gesang-Probier für die Aufnahmefeier statt.

**Veranstaltungen.**

Freitagabend 4 Uhr 10 Min., Samstagmorgen 8 Uhr 30 Min., Sonntagmorgen 3 Uhr 30 Min., Sonntagabend 5 Uhr 15 Min.

Verantwortlich für die Anzeigen: J. D. Ober, Limburg.

**Wann folgt der Limburger Arbeiter- und Soldatenrat?**

endlich mal für Normale? Trotzdem immer und immer kein Müssen, ist für den Sozialisten aus diesem Jahre 1911 noch vorhanden sein.

**Ein Familienvater.**

**Nachruf.**  
Am 6. November verschied an den Folgen einer schweren Verwundung Herr Lehrer  
**Wilhelm Ries**  
Leutnant der Reserve und Kompanieführer, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse.  
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen überaus tüchtigen Lehrer, einen bei Groß und Klein beliebten Menschen, dessen Abenden in unserer Gemeinde fortleben wird.  
Gemeindevertretung und Gemeindevorstand  
0375) Langendernbach.

**Frankfurter Würstchen**  
aus Ia. Kaninchenfleisch, täglich frisch, nicht unter 50 Paar.  
**Streichwurst** in Dosen 1/4, 1/2 u. 1 Pfd. nicht unter 25 Stück laufend ab Fabrik gegen Nachnahme 1187  
**Jakob Schütz, Abteil. Würstfabrik,**  
Frankfurt a. M., Neebstr. 3.

**Zahnpraxis**  
**Viganos Nachfolger**  
**W. Podlaskowski, Dentist**  
Limburg, Obere Schiede 10, L. 9121  
**Telefon 261.**  
**Sprechstunden:**  
**Werktags von 9-6 Uhr,**  
**Sonn- und Feiertags von 9-3 Uhr.**

**Pelzwaren aller Art**  
von Fuchs, Marder, Iltis, echt Skunks, Kanin usw.  
Bekannt prima Ware, reiche Auswahl, billigste Preise empfiehlt 9378  
**Johann Wagner,**  
Kürschnermeister, Limburg,  
Bischofsplatz 5, gegenüber der Stadtkirche.  
Reparaturen und Änderungen werden prompt und tadellos ausgeführt.

**Einstellung des durchgehenden Zugverkehrs.**  
Während des Vormarsches des feindlichen Besatzungsheeres zum Rhein muß der gesamte Personenverkehr im linksrheinischen Gebiet, je nach dem Fortschritt der feindlichen Truppen, abschnittsweise gesperrt werden. Der durchgehende Zugverkehr auf der Strecke Dingerbrüder-Bad Münster a. St. Saarbrücken ist bereits seit Sonntag 1. Dez. d. J. unterbrochen. Vom 5. Dez. d. J., mittags 12 Uhr bis 10. Dez. d. J., mittags 12 Uhr, wird der durchgehende Personenverkehr auf den Strecken Mainz-Worms-Ludwigsbafen, Mainz-Alzen-Eisenheim-Bad, Mainz-Bodenheim-Alzen, Bingen-Alzen-Worms, Boppard-Kastellaun-Simmern ebenfalls unterbrochen. Nähere Auskunft über den abschnittsweise Verkehr der Personenzüge auf den einzelnen Strecken erteilen die Stationen und Bahrfahrtenausgabenstellen.  
Der Zugverkehr auf den Nebenstrecken Armheim-Bendelsheim, Gau Odenheim-Oßhofen, Oßhofen-Kleinbühlheim-Gunterbühl und Worms-Gundheim wird vom 5. Dezember, 12 Uhr mittags, bis 8. Dezember, 12 Uhr mittags, vollständig eingestellt. Es wird dringend ersucht, während der Sperrzeiten jede nicht ganz dringende Reise zu unterlassen. Vor Antritt jeder Reise, die trotzdem ausgeführt werden soll, wollen sich die Reisenden genau vergewissern, ob sie auch tatsächlich noch ihr Endziel erreichen können, weil sie sonst Gefahr laufen, von einer Unterwegsstation aus zu Fuß gehen oder die Rückreise wieder antreten zu müssen.  
Mainz, den 2. Dezember 1918.  
1130) Eisenbahndirektion Mainz.

**Ein gebrauchter Pferd**  
Kederweste gefüttert, soll neu, ebenso Gebirgspferd, Größe 43, zu verkaufen. 6839  
Angenehm Bahnhofsstr. 21. Zu verkaufen. 9368  
Zu verkaufen. 9368

**Für Weihnachten!**  
Haarzöpfe, Puppen-Perücken  
nebst Köpfe in Porzellan u. Celluloid  
empfiehlt in billiger Ausführung  
**Wilhelm Heun, Friseur,**  
Limburg, Salzgasse 13. 9366

**Steinbrucharbeiter**  
in Akkord und Stundenlohn für dauernde Beschäftigung gesucht.  
Unterkauf und Bepflanzung am Plage. 9044  
**Betriebsführer Arech,**  
Siedeln Limburg a. Rhod. 9

**Vom Meeresdienst**  
**Entlassene**  
können sofort bei uns in Arbeit treten.  
**Gewerkschaft Alexandria**  
Westerwälder Vignitkohlen-Bergwerk  
Höha (Oberwesterwald). 7700

**Unterricht in Schreibmaschine**  
erteilt 9305  
**Schreibstube Wenel,**  
Limburg, Untere Schiede 8.

**Heirat.**  
Junger Mann von 28 J. mit gutem Gehalt wünscht Bekanntschaft mit ein. Mädchen im gleichen Alter zwecks Heirat. Diskretion Ehrensache. Offerten nebst Photographie unt. 9351 an die Exp. d. Bl. einpenden.

**Holzschuhe**  
in allen Größen sind wieder vorrätig. 9365  
Kinderschuhe für M. 1.50,  
Schülerische „ „ 2. —,  
Frauenschuhe „ 2.75,  
Männerschuhe „ 3.15.  
**Joh. Dillmann,**  
Thalheim (Kreis Limburg).

**2 Fahrräder**  
neu, sehr elegant, Friedensfabrikat mit Bereifung, abzugeben.  
Automobil-Montagemeister  
**Decker, Cambera (Tannus),**  
Oranischer Platz.

**Zimmerofen**  
mit Hochrohrleitung und Rohr zu verkaufen. 9323  
Frankfurterstraße 19.

**Gut erhaltener Puppenwagen**  
zu verkaufen. 9360  
Nöhrig, Dompf.

Abtragung einer Trockenhalle bin ich in der Lage. 9355  
**1200-1500**  
Ringofensteine u.  
Dachziegel, nebst  
Dachlatten  
preiswert zu verkaufen, auch in kleineren Quantitäten.  
**Conrad Stäcker,**  
Zimmermeister u. Bauunternehmer.  
Niederbrechen.  
Gute Abfahrt in Limburg, Brückenvorstadt.

Aus dem Felde zurückgekehrt habe ich meine augenärztliche Tätigkeit wieder aufgenommen. 9318  
Sprechstunden:  
vormittags 8 1/2-10 1/2 Uhr,  
nachmittags von 2-4 Uhr,  
an Sonn- u. Feiertagen nur vormittags.

**Dr. Hermann,**  
Augenarzt,  
Kewied (Rhein),  
Dernmannstraße Nr. 27,  
Fernsprecher 126.

**1917er Mostweine und Rotweine**  
im Faß und in Flaschen preiswert abzugeben. 9311  
**Weinhandlung Wolff,**  
Göbern (Mosel),  
Fernsprecher Nr. 14, Amt Wonnweiler (Mosel).

Junger, wackeliger **Hoshund,**  
auch als Zughund zu benutzen, Umstände halber billig zu verkaufen.  
Schriftl. Antrag, unt. 9376 an d. Exp.

Gebrauchter **Puppenwagen** zu kaufen gesucht. Näh. Expedition. 9297

**Hölzerne Kinderbettstelle** zu verkaufen. 9374  
Zu erfragen in der Exp.

2 1/2 m **Wagen**, 110 cm breit, zu verkaufen. 9296  
Zu erf. Exp.

